

Die Volksbefragung – eine Themenverfehlung

■ WALTER GUGGENBERGER



Walter Guggenberger ist ein österreichischer Beamter und Politiker (SPÖ). Guggenberger war von 1983 bis 1999 Abgeordneter zum Österreichischen Nationalrat.

Nach der überraschend zahlreichen Beteiligung des p.t.- Publikums an der ersten bundesweiten Volksbefragung waren skeptische Stimmen zum Ausbau der Instrumente der direkten Demokratie nur mehr leise zu vernehmen. Politologen, Politiker und Kommentatoren wurden nicht müde, darin ein Plädoyer für „more of the same“ zu sehen. Aber ermuntern Inhalt und Stil der Auseinandersetzung im Vorfeld der Abstimmung tatsächlich, auch in anderen gesellschaftlich relevanten Fragen Entscheidungen via Volksbefragung zu fällen? Im Sinne Michael Häupls etwa, der dafür plädierte, auch das koalitionsinterne Konfliktthema „Gesamtschule“ vom Wahlvolk entscheiden zu lassen?

Die falschen Fragestellungen

Ich meine, die Weise, in der Gegner und Befürworter für ihre Standpunkte agitiert haben, war wenig geeignet, die Skepsis gegen weitere Veranstaltungen dieser Art auszuräumen. Die Volksbefragung wurde schon mit dem Geburtsfehler der falschen Fragestellung ins Leben gerufen. Auch von Sicherheitsexperten, wie dem früheren Außenminister Erwin Lanc und dem Politikwissenschaftler Helmut Kramer vom „Personenkomitee Neutralität“ wurde dies zu Recht kritisiert. „Bevor man sich mit Detailfragen der Heeresorganisation befasse, wäre zu klären, welche Aufgaben das Bundesheer künftig haben soll“, meinten sie. Ohne selbst diese Klarheit zu haben, delegierten die Regierungsparteien die Entscheidung kurzerhand an die BürgerInnen.

Informationsdefizit

Wesentliche Grundlagen für ein rationales Votum wurden diesen jedoch verweigert.

Antworten auf die Frage nach den Kosten der beiden Modelle etwa, von deren konkreten Ausgestaltung ganz zu schweigen. Gestritten wurde hauptsächlich über Nebenaspekte. Ob Profi-Soldaten oder Rekruten bei Katastrophen effektivere Hilfe leisten, oder ob ein freiwilliger Sozialdienst in der Lage ist, die soziale Lücke zu schließen, die eine Abschaffung des Zivildienstes zur Folge hätte. Die Landesverteidigung – der eigentliche Zweck jeden Heeres – wurde kaum thematisiert. Anstelle der Information trat Propaganda, oft ungeniert an der Grenze zur Unwahrheit. Eine sachliche Auflistung von Pro und Contra, die ein faires Abwägen der Alternativen erlaubt, ist in der Schweiz Teil der direktdemokratischen Kultur. Hierzulande sind wir davon freilich meilenweit entfernt. So läuft ein Instrument plebiszitärer Mitbestimmung Gefahr, von den Parteien als Testlauf für ihre Kampagnenfähigkeit missbraucht zu werden. Was die Volksbefragung vom 20. Jänner anlangt, war dies eindeutig der Fall. Michael Häupl und Erwin Pröll, die politischen Väter der Volksbefragung, hatten dabei in erster Linie Rückenwind für ihre regionalen Wahlen im Auge.

Skurrile Facetten

Wenn schon die Protagonisten der Volksbefragung das Thema verfehlt haben, wen wundert's, dass auch das Ergebnis nicht ohne skurrile Facetten bleibt: Drei Viertel der Wehrpflichtbefürworter haben nicht für die Landesverteidigung gestimmt, sondern für deren Seitenpfad, den Zivildienst. So haben mit den „Zivis“ just jene den Befürwortern der Wehrpflicht die politische Haut gerettet, denen letztere jahrelang mit scheelen Blicken begegnet sind. ■